

Koalitionsverhandlungen: Sex – Drugs – und kein Rock'n'Roll

Das größte Problem bei den Koalitionsverhandlungen war zu Beginn die Tischordnung. Alle sitzen nun an einem gleichschenkligen Dreieck. Fantastisch. Und damit das auch mit der immer wieder von Linken und Grünen angemahnten Augenhöhe klappt, werden vermutlich Sitzkissen verteilt, damit zum Beispiel Frau Lompscher nicht zum Regierenden aufblicken, sondern ihm geradeaus in die Pupillen blicken kann. Tja, das sind die Probleme, die uns bewegen.

Ehrlich gesagt, würde es mir reichen, am Ende der Verhandlungen das Ergebnis präsentiert zu bekommen. Mich interessieren Wasserstände zwischen durch recht wenig. Anders sehen das natürlich die Kolleginnen und Kollegen der Tageszeitungen. Die Seiten müssen gefüllt werden, also zapft man diese und jene Quelle an, um auf dem Stand zu bleiben. Darüber hinaus sind die Mitglieder der Verhandlungskommissionen auch sehr mitteilzaam.

Drogen

Die SPD Mitglieder haben sich bei einer Befragung knapp (44,0 zu 43,2 %) gegen die Liberalisierung der Drogengesetze ausgesprochen. Das war aber vor einem Jahr. Jetzt sind Koalitionsverhandlungen und da gelten andere Maßstäbe. Die BZ berichtet - natürlich exklusiv - dass die künftige Berliner Landesregierung die Drogengesetze „offenbar deutlich lockern“ will. „Das geht aus einem vertraulichen Koalitionspapier vor, das der B.Z. exklusiv vorliegt. Die Diskussion darüber wurde sehr hitzig geführt“, berichtet die BZ. Und: „... dieser Punkt hätte fast die Koalitionsverhandlungen zum Scheitern gebracht.“

In dem vertraulichen Entwurf heißt es: „Die Koalition wirkt darauf hin, dass beim Besitz geringer Drogenmengen zum Eigenbedarf die Strafverfahren in der Regel eingestellt werden und dies nicht länger automatisch zu einem dauerhaften Entzug der Fahrerlaubnis führt.“ Richtig! So soll es sein. Damit würde die neue Koalition wirklich eines der drängendsten Probleme dieser Stadt lösen, in der Rangfolge noch vor bezahlbarem Wohnraum. Die LINKE erklärte in einer Pressemitteilung: „Wie auch bei den vorangegangenen Sitzungen waren die Verhandlungen von einer guten Gesprächsatmosphäre geprägt.“ „In Wahrheit“, weiß die BZ zu berichten, „soll es jedoch zum Eklat gekommen sein. Demnach standen sogar die gesamten Koalitionsverhandlungen kurz vor dem Abbruch.“

Der Live-Bericht aus der BZ: „Als die SPD darauf hinwies und bei dem Thema keine Kompromisse schließen wollte, sei die Atmosphäre der Gespräche zunehmend frostiger geworden. ‚Ein Wort gab das andere‘, heißt es. Linke-Fraktionschef Udo Wolf (54) habe den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (51, SPD) verbal immer mehr unter Druck gesetzt und sogar mit dem Abbruch der Koalitionsgespräche gedroht. Dieser echauffierte sich seinerseits über Wolfs Ton und nahm ebenfalls ein Ende der Verhandlungen in Kauf. Die Sitzung sei daraufhin sofort unterbrochen worden, es kam zu einem Krisengespräch mit den Partei-Spitzen. Das Thema Drogen-Legalisierung soll nun bei der Chef-Runde im November noch einmal auf den Tisch kommen.“

Unfassbar, wenn dieser Ablauf stimmen sollte. Wenn die LINKE die Verhandlungen bei diesem Thema scheitern lassen will, was erst, wenn es um Wichtiges geht.

Ehe für alle

Die Berliner Zeitung berichtet, dass SPD, Linke und Grüne als neue Berliner Landesregierung einen weiteren Vorstoß zur Homo-Ehe wagen wollen. „Wir starten eine Bundratsinitiative, dass es die vollständige Gleichstellung geben soll“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl am Samstag nach Koalitionsverhandlungen zur Gleichstellungspolitik, berichtet die Berliner Zeitung. Die Initiative soll allerdings erst nach der Bundestagswahl 2017 kommen. „Dann hoffen wir auf andere Mehrheiten im Bund, damit wir die Ehe für alle kriegen“, sagte Högl. Bei der letzten Abstimmung über die Homo-Ehe im Bundesrat hatte Berlin sich noch enthalten müssen – weil die SPD dafür, Koalitionspartner CDU aber dagegen war. Na schön, wenigstens bei diesem Thema sind sich alle einig. Wenn mal ehrlich ist, und bei aller Wertschätzung, handelt es sich hier um ein zu lösendes, aber nicht das größte Problem, das Berlin hat.

Sex

Weniger diskriminierende Reklame soll es geben, berichtet der Tagesspiegel. „Sexistische Werbung soll zumindest auf landeseigenen Werbeflächen durch scharfe Ausschreibungskriterien unterbunden werden.“ Leicht bekleidete Damen werden dann wohl nicht mehr auf den Werbetafeln zu sehen sein. Es wird dann noch trüber in der Männerwelt. Alles, was Spaß macht, bleibt dann nur noch für zu Hause üb-

rig: Zigaretten, Alkohol und die Fotos vom FKK-Urlaub mit der Herzallerliebsten.

Gleichstellung

„Glaubt man dem zukünftigen Senat, brechen rosige Zeiten für die Gleichberechtigung und die Fürsorge für schutzbedürftige gesellschaftliche Gruppen an. Die Koalitionäre von Rot-Rot-Grün traten am Sonnabend mit einem bunten Strauß an Vorhaben an die Öffentlichkeit. So sollen in der Verwaltung sowie in landeseigenen Unternehmen wie Berliner Verkehrsbetriebe oder Wasserbetriebe bei Ausbildungsplätzen in den technischen Bereichen gezielt Frauen gefördert werden. Jede zweite Lehrstelle in den technischen Berufen soll demnach an eine Bewerberin vergeben werden“, schreibt die Berliner Morgenpost.

Alles wichtige Themen. Gerechter Weise muss man sagen, dass auch über alle anderen Themen, die anstehen, geredet wird und nicht nur über die hier kurz erwähnten. Der neue Senat sollte allerdings wissen, dass den Menschen an vielen Stellen der Schuh drückt. Einer der zentralen Punkte, über die man bislang wenig gehört ist, ist das in Schwung-Bringen der Berliner Verwaltung. Bürgerämter, Wohnungen, Straßenbau, marode Schulen...Ohne Bauleiter in den Ämtern wird das nichts mit neuen Wohnungen, ohne ausreichend Erzieher/innen wird das nichts mit der Betreuung in den Kitas, wobei es egal ist, ob man einen Beitrag bezahlt oder nicht. Ob das Problem bei den Bürgerämtern dadurch zu lösen ist, dass man AfD-Stadträten diese Ressorts überlässt, wage ich zu bezweifeln.

Ich bin gespannt darauf, wie ein Dreierbündnis die Probleme der Stadt lösen will. Es kann nicht ständig der Koalitionsausschuss tagen, weil sich irgendwer missverstanden fühlt. Allein so eine Randgeschichte wie das Sozialticket ist kein gutes Zeichen. Verkehrssenator Geisel hat nicht mehr und nicht weniger als einen Vorschlag gemacht, nämlich das Sozialticket um 11 Euro von 36 auf 25 Euro abzusenken. Die Reaktion auf diesen Vorschlag von Linken und Grünen war vulkanausbruchartig. Linke und Grüne hatten günstigere Sozialtickets im Wahlkampf selbst gefordert. „Schön, dass auch die SPD erkennt, dass Bus- und Bahnfahren in Berlin wieder günstiger werden muss“, erklärte Grünen-Chef Daniel Wesener. „Das nächste Mal würden wir aber lieber vorher und mit allen drei Koalitionsparteien darüber sprechen.“

Quelle: rbb|24

Mein Gott, was für Heulsusen. Darf der Verkehrssenator keine Vorschläge mehr zum Verkehr machen? Muss demnächst alles vorher im Koalitionsausschuss beraten und genehmigt werden? Dann kann man sich die Senatskanzlei und die Senatsitzungen demnächst schenken. Und wehe, wenn der Mochtegern-Kultursenator Lederer demnächst einmal einen Vorschlag zur Neubesetzung irgendeiner Intendantenstelle macht, ohne dass vorher abgestimmt zu haben. Das kann heiter werden.

Ed Koch